

Das neue Oesterreich.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 11. Oktober.

Oesterreich wie Ungarn sind im Begriff, eine tiefgreifende Umwandlung ihres Regierungssystems durchzuführen; in Wien, wie in Budapest stehen, wie schon kurz mitgeteilt, Kabinettswechsel bevor, die den Boden für den Neuaufbau ebnen sollen. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat, wie das Fremdenblatt meldet, den Parteiführern gestern mitgeteilt, daß das Kabinett entschlossen sei, zurückzutreten, und Kaiser Karl wird morgen einundzwanzig Parteiführer zu programmatischen Besprechungen in Audienz empfangen. Diese beiden Tatsachen stehen mit der bevorstehenden Neuordnung im engsten Zusammenhang. Es ist begreiflich, daß die Krone angesichts der Bewegung, die unter der Parole des Selbstbestimmungsrechts auch alle österreichischen Nationalitäten ergriffen hat, das Bedürfnis fühlt, in enge Fühlung mit den Vertrauensmännern dieser Nationalitäten zu treten.

Ueber die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen verlautet: Den Nationen Oesterreichs sollen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts solche Zugeständnisse eingeräumt werden, daß sie sich als Staaten konstituieren können. Zur Durchführung der Umformung soll ein sogenanntes „Völkerministerium“ eingesetzt werden, in das alle Völker ihre Vertreter zu entsenden hätten. Diese Errichtung nationaler Staaten soll sich selbstverständlich innerhalb der Grenzen der Monarchie vollziehen, und ihre Gesamtheit soll aufrecht erhalten bleiben.

An die Spitze dieses Völkerministeriums soll, wie verlautet, Hofrat v. Lammasch treten. Hofrat v. Lammasch steht politisch den Christlich-Sozialen sehr nahe. In den letzten Jahren hat er energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet, bisweilen allerdings in einer Weise, die vielfach, namentlich in Deutschland, Bedenken erregt hat. Zugleich mit seinen pazifistischen Bestrebungen hat er auch immer auf die Umwandlung Oesterreichs in einen Föderativstaat freier Nationen gedrängt.

In anderen Kreisen wird indessen bestritten, daß Lammasch an die Spitze des nächsten Ministeriums treten werde; ihm sei vielmehr nur ein Ministerposten ohne Portefeuille zugebach. Als mögliche Ministerpräsidenten werden neben Lammasch der Fürst Ferdinand Lobkowitz und der Ackerbauminister Graf Sylvester Tarruca genannt, der als Anhänger des Gedankens eines Völkerministeriums gilt. Der Name des Fürsten Lobkowitz ist bereits bei früheren Kabinettskrisen aufgetaucht. Man glaubt, daß der Fürst das Vertrauen der Slowen besitze. (Fürst Lobkowitz, 1908—1913 Oberstlandmarschall von Böhmen, ist seit dem Oktober 1917 dritter Vizepräsident des Herrenhauses.) Als Minister kommen u. a. Professor Joseph Redlich, ebenfalls ein Anhänger der Föderalisierung, und der sozialdemokratische Abgeordnete Renner in Betracht. Auch andere Männer, die sich eingehend mit der Autonomiefrage befaßt haben, gelten als „Winkstrahl“.

Hofrat Lammasch hat heute auf Befragen erklärt, er habe noch keine Berufung erhalten. Er sagte, der Friede sei auf dem Wege; er zeigte sich in dieser Ansicht sehr erwartungsvoll.

Die deutschen Parteien verhalten sich dem Gedanken des Völkerministeriums gegenüber vorläufig noch reserviert. Unter den Sozialdemokraten sind die Anschauungen scheinbar noch geteilt. Die Polen, die in Krakau ihre Nationalversammlung vorbereiten, sind von Wien abwesend.

Folgende Abgeordnete werden morgen beim Kaiser zur Audienz erscheinen: Vom Verbands der deutsch-nationalen Parteien die Abgeordneten Dr. Waldner, Dr. Urban und Dr. Stöckel; von der christlich-sozialen Vereinigung Dr. Hausner, Fink und Dr.

Mataja; als Vertreter der neuen deutschen unabhängigen Partei Abgeordneter Teufel; von der freiheitlichen Vereinigung Dr. Friedmann; vom Klub der deutschen Sozialdemokraten Dr. Adler, Seif und Seliger; vom Polenklub Dr. Tertil und Graf Barworowski; von den polnischen radikalen Demokraten Abgeordneter Reichus; von den Tschechen Dr. Fiedler, Dr. Gruban, Tuffar, Stanek und Klossac; von den Ruthenen Dr. Jospjecul-Grecul; von den Südslawen Dr. Korofec; von den Ukrainern Petruczewicz und Dr. Eugen Lewickij.

Budapest, 10. Oktober.

Zu der Nachricht, daß ein Manifest des Kaisers über die Neuordnung in Oesterreich bevorstehe, erzählt „As Est“: Die Führer der ungarischen Parteien Graf Stefan Tisza, Graf Julius Andrássy und Graf Apponyi sowie der Ministerpräsident Dr. Bekerele haben in ihren heutigen Audienzen beim Kaiser ihren Bedenken gegen das Manifest Ausdruck gegeben. Ob es ihnen gelungen ist, den Kaiser von der Nichtigkeit ihrer Bedenken zu überzeugen, bleibt abzuwarten.